



Das Internationale Klimaschutzübereinkommen von 2015: Gestaltung der Weltklimapolitik für die Zeit nach 2020; konsultative Mitteilung der Europäischen Kommission;
Dokument COM (2013) 167 final vom 26.3.2013

Magistrat der Stadt Wien
MD – Klimaschutzkoordination
Wipplingerstraße 24-26
A-1010 Wien
Tel: (+43 1) 4000 - 75 085
Fax: (+43 1) 4000 - 75 089
E-Mail: post@md-kli.wien.gv.at
www.wien.at/umwelt/klimaschutz

Stellungnahme (public authority)

Per E-Mail an:
CLIMA-CC-2015-CONSULT@ec.europa.eu

Wien, 25.6.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bemühungen, die bisherigen verbindlichen und unverbindlichen Vereinbarungen zu einem einheitlichen und umfassenden Regelwerk im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen zusammenzuführen, werden begrüßt. Dieses Regelwerk sollte einen rechtsverbindlichen Charakter erhalten und Chancen aufzeigen, die durch den Einsatz neuer Technologien (zur Steigerung der Energieeffizienz und auf Basis von regenerierbaren Energieträgern) entstehen. Da die bisherigen Verpflichtungen, selbst wenn ihnen in allen Punkten nachgekommen wird, voraussichtlich weniger als ein Drittel dessen bewirken werden, was erforderlich ist, um den Temperaturanstieg auf maximal 2°C zu begrenzen, sollten die Ziele für die Staatengemeinschaft höher gesteckt bzw. eine ambitionierte Umsetzung von Klimaschutzvereinbarungen für alle Staaten gefordert werden.

Die Einbeziehung aller großen Wirtschaftsmächte bzw. Wirtschaftssektoren in das neue internationale Klimaschutzübereinkommen wird sicher eine große Herausforderung darstellen. Insbesondere müssen wirtschaftliche Nachteile für jene Staaten, die für ein verbindliches Klimareduktionsziel eintreten, durch geeignete Instrumente vermieden werden.

Eine wichtige Rolle für einen funktionierenden Klimaschutz kommt den Städten zu. Urbane Ballungsräume beherbergen 50% der Weltbevölkerung mit stark steigender Tendenz. Sie verursachen mehr als drei Viertel der globalen Treibhausgas-Emissionen. Für einen effektiven, globalen Klimaschutz sind städtische Klimaschutzprogramme deshalb unverzichtbar. Großstädte sind zudem Standort industrieller und Motor landwirtschaftlicher Produktion, sowie essentieller Teil globaler Informationsnetzwerke. Sie sind weltweit die treibende Kraft für die meisten ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen. Sie sind deshalb auch jene Orte, an denen die Lösungsansätze für die zentralen Fragen unserer Zeit erarbeitet und vorrangig umgesetzt werden müssen.

Städte sind zudem aufgrund der hohen Dichte an Bevölkerung und Infrastruktur besonders vulnerabel gegenüber den negativen Auswirkungen des Klimawandels wie Hitzewellen, die durch urbane Wärmeinseln zusätzlich verstärkt werden und durch die hohe Schadensdichte bei Wetterextremen wie Hochwasser oder Stürmen.

Städte müssen deshalb verstärkt in die Verhandlungen zu einem globalen Klimaschutz(vertrag) einbezogen werden. Zudem muss die Bildung von Städtenetzwerken, welche Lösungen zur Treibhausgasreduktion erarbeiten und umsetzen wollen, forciert werden. Diese müssen durch internationale Aufmerksamkeit und finanzielle Förderprogramme der EU, der UNO, der Weltbank etc. viel stärker unterstützt werden.

Subventionen für Nicht-KWK-Anlagen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, sowie für die Nuklearenergie sollten abgeschafft werden. Der CO₂-Emissionshandel sollte als wirtschaftliches Instrument weiter verbessert und internationalisiert werden. In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, dass das System so gestaltet wird, dass sich ein realistischer Zertifikats-Preis ergibt, der tatsächlich einen Anreiz zur Reduktion der Treibhausgasemissionen darstellt. Strafzahlungen sollten nur als letzte Möglichkeit zum Einsatz kommen.

Der im Dokument enthaltene Gedanke, wonach Klimapolitik vollständig in alle Politikbereiche einbezogen werden oder „einfließen“ und die Energie-, Verkehrs-, Industrie-, Agrar- und Forstpolitik sowie allgemeinere Maßnahmen und Strategien für nachhaltige Entwicklung maßgeblich mitgestalten muss, wird ausdrücklich unterstützt, ebenso wie der Gesichtspunkt, dass Klimapolitik einen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leistet.

Vorteilhaft erschiene uns, wenn sich jene Staaten und Städte in Netzwerken zusammenfinden, die als Vorreiter Lösungen erarbeiten. In Form von Best Practice – Beispielen sollen diese Staaten bzw. Städte vorzeigen, dass eine Änderung des Lebensstils unter Berücksichtigung von klimafreundlichen und ressourcenschonenden Prinzipien eine Minderung von Treibhausgasen bewirkt und die Lebensqualität der BürgerInnen gleichzeitig verbessert. An diesen Vorzeigeprojekten könnten sich dann andere Staaten orientieren.

Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen mit den Anpassungsmaßnahmen der Rahmenkonvention sollte der Wissenstransfer zwischen Industrie- und Nichtindustriestaaten weiter forciert werden. Auch der Zugang zu den entsprechenden Finanzierungsquellen für Anpassungsmaßnahmen sollte für Entwicklungsstaaten erleichtert und weiterentwickelt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Sachbearbeiter:
Dipl.-Ing. Michael Sattler

Mag. DDr. Christine Fohler-Norek
Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Wien